

Education is not for sale!

Bildung in der Krise... Verdoppelung der Studiengebühren, fremdbestimmte Studieninhalte unter zunehmenden Druck der Wirtschaft und schlechter werdende Studienbedingungen im Zuge der Bologna Reform fordern die ganze Gesellschaft heraus.>> Flyer der LAW zu den besetzten Unis (pdf)

Mit der Besetzung der Uni drücken viele Studierende ihre Unzufriedenheit über die momentane Bildungssituation aus. Diskussionen wurden angeregt, Diskussionen laufen, auch in der Öffentlichkeit. Wichtige Erfahrungen werden gemacht. Es wurde und wird viel gelernt. Die Bewegung will keine Hierarchien und wählt keine StellvertreterInnen. Die Studierenden wollen einen authentischen Ausdruck ihrer Lage. Alle sind Teil der Bewegung, bringen sich ein, diskutieren und nehmen Verantwortung wahr. Es ist eine basisdemokratische Bewegung und soll nicht durch einige Köpfe repräsentiert werden. In der Politik sehen wir wie schnell Gewählte sich der Basis nicht mehr verpflichtet fühlen oder sich vereinnahmen lassen. Die Protestierenden wollen keine Chefs und keine Führerinnen - zu oft ist man von gewählten Leuten enttäuscht worden. Diese Sache hier nehmen die StudentInnen selbst in die Hand. Föderalistisch organisiert in täglichen Vollversammlungen und Arbeitsgruppen. Erstere für Beschlüsse, letztere um die anfallenden Arbeiten zu bewältigen. Das geht von Flyer schreiben, Medienarbeit, Informationsaustausch über putzen bis zu Veranstaltungen organisieren, kochen und unzähliges mehr. Mittlerweile sind über 50 Unis in Europa und weltweit besetzt. Der Stein wurde ins Rollen gebracht. Jetzt müssen weitere aufspringen. Zahlreiche Solidaritätserklärungen sind auch schon eingegangen. Mit ihren Forderungen nach mehr Geld und qualitativ guter Bildung sehen sich die Studierenden zunehmend mit Problemen konfrontiert, da ihre Vorschläge der herrschenden Ordnung zuwiderlaufen. Es sei halt kein Geld vorhanden, gerade in Krisenzeiten und es sei halt nicht zu ändern. Drei Punkte erscheinen uns in diesem Zusammenhang wichtig:

- Der Protest ist international und das ist gut so. Die Probleme der Studierenden sind nicht national begrenzt. Dies zeigt schon die Bologna-Reform, die selbst international durchgesetzt wird.
- Die Studienbedingungen werden prekärer, die Arbeitsbedingungen auch. Missstände lassen sich nicht von den Studierenden allein beheben. Sie und ihr Studium sind in die Wirtschaft eingebettet und zurechtgestutzt worden. Der Druck auf die Studienbedingungen kommt von der Wirtschaft. Die ArbeiterInnen sehen sich demselben Druck von Leistung, Konkurrenz und Rationalisierung ausgesetzt. Die erhaltenen Solidaritätserklärungen bestätigen dies und sind ein guter Anfang. Nur ein gemeinsamer Kampf von Studierenden und Arbeitenden kann Erfolg haben.
- Geld und Ressourcen sind genügend vorhanden. Das Problem ist ihre Ver(sch)wendung: Banken und Militär bekommen Milliarden, bei der Bildung hingegen soll gespart werden. Wir können uns nicht immer positiv auf die Volkswirtschaft und den Staat beziehen. Unser Wirtschaftssystem ist krisenanfällig und irrational. Es bringt keine anständige Versorgung der Menschen zu Stande. Das Ziel des Kapitalismus ist Profit generieren, also erfolgreich für den Markt produzieren. Dies bedeutet, nicht die Bedürfnisse der Menschen zählen, sondern ihr Geld. Dieser Marktlogik dürfen wir uns nicht beugen. Ansonsten gehen weiterhin nicht nur die Selbstbestimmung über Studieninhalte sondern auch die Breite des Bildungsspektrums unter dem wirtschaftlichen Druck verloren. Fazit: Wenn Staat und Wirtschaft aus ökonomischen Interessen keine anständige Bildung erlauben oder bezahlen wollen, dann muss sich etwas ändern. Wenn im Kapitalismus alles zur Ware degradiert und somit käuflich wird, wenn nur noch der Profit auf Kosten der Studierenden und Arbeitenden zählt, wenn die Interessen der Wirtschaft über jenen der Menschen stehen, dann müssen wir darüber diskutieren. Soll education tatsächlich not for sale sein, dann muss der Kapitalismus und seine Logik in Frage gestellt werden.